

GRAFENSTEIN

Gendarmen schauten beim Abmontieren zu



Rudolf Schober als junger Gendarm in der „heißen Phase“ KK

Rudolf Schober, der spätere hochrangige SPÖ-Politiker, war als junger Gendarm im Dienst, als sich der Ortstafelsturm hochschaukelte und Deeskalation notwendig war.

Eisenkappel und Grafenstein waren in der „heißen Zeit“ seine ersten Stationen. Rudolf Schober (76) aus der Gemeinde Magdalensberg war als junger Gendarm im Dienst, „als einsprachige Ortstafeln beschmiert, also mit den slowenischen Namen ergänzt wurden; und als der Ortstafelsturm 1972 losging: Als neue zweisprachige Tafeln abmontiert, ausgerissen wurden“.

In Schobers Familie wurde Windisch gesprochen. „Das hat mir als Gendarm sehr geholfen.“ Bei Anlässen gab es Codewörter, „und alle vom Posten mussten hinaus zu Fahrzeugkontrollen oder um Denkmäler

und Ortstafeln zu bewachen“. Deeskalation war angesagt. „Bei der Dienstausswahl kamen jene Gendarmen zum Einsatz, die keine Heißsporne waren. Ich hab mit den Leuten geredet, ihnen klar gemacht, dass Ortstafelbeschmierungen oder Demontagen Gesetzesverletzungen sind. Ich hab gesagt: Du wirst doch keine Strafe riskieren!“

Als auf dem Friedhof Ebenthal ein Denkmal beschmiert wurde, „haben wir einen Fetzen und Nitroverdünnung geholt, alles selbst abgewischt, und der Fall war erledigt.“

In der Nacht auf den 10. Oktober 1972, am Höhepunkt des Ortstafelsturms, war Schober auch im Dienst, später bei der Heimatdienst-Großkundgebung. „Wir wurden auf Deeskalation und auf Eigenschutz gebrieft. Manche verstanden nicht, dass wir zugeschaut haben, als Ortstafeln abmontiert wurden. Doch wenn wir etwas getan hätten, ich weiß nicht, wie das ausgegangen wäre.“ Mit zweisprachigen Ortstafeln habe er nie ein Problem gehabt. Für den Zorn der Bevölkerung, die sich überrumpelt fühlte, habe er Verständnis gehabt, erinnert sich Schober.

1973 wurde er Kriminalbeamter, und später Mitglied der Konsensgruppe. Als SPÖ-Politiker sei es ihm stets wichtig gewesen, „den Kontakt zu Mehrheit wie Minderheit zu haben und dass die Bevölkerung bei Entscheidungen mit einbezogen wird“.

